

Notizen

Am Ende der Bischofssynode (vgl. ds. Heft, S. 564) wählten die Synodenväter zwölf Mitglieder des neuen *Bischofsrats* beim Synodensekretariat, der bis zur kommenden Vollversammlung amtiert. Gewählt wurden für Afrika Erzbischof *Stephen Naidoo* (Kapstadt), Bischof *Monsengwo Pasinya* (Weihbischof in Kisangani und Vorsitzender der zairischen Bischofskonferenz) und Kardinal *Hyacinthe Thianndoum*, den Erzbischof von Dakar und Relator der Vollversammlung; für Amerika Bischof *Dario Castrillón Hoyos* (Pereira, Kolumbien), Kardinal *Joseph Bernardin* (Erzbischof von Chicago) und Bischof *Luciano Mendes de Almeida* (Weihbischof in São Paulo und Vorsitzender der brasilianischen Bischofskonferenz); für Asien Erzbischof *Leonardo Legasi* von Caceres (Philippinen), Kardinal *Ricardo Vidal* (Erzbischof von Cebu, Philippinen) und Erzbischof *Simon Pimenta* (Bombay); für Europa Kardinal *Carlo Maria Martini*, (Erzbischof von Mailand), Kardinal *Godfried Danneels* (Erzbischof von Mecheln-Brüssel) und Bischof *Klaus Hemmerle* von Aachen. Als weitere Mitglieder des Synodenrats ernannte Johannes Paul II. Kardinal *Joseph Ratzinger*, den maronitischen Patriarchen von Antiochien, *Nasrallah Pierre Sfeir*, und Erzbischof *Bede Clancy* von Sydney.

In einem Interview mit der „Welt“ (9. 11. 1987) antwortete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, auf die Frage, ob er deutsche „Sonderwege“ in der Ökumene für denkbar halte: Wo es um Fragen gehe, die die Grundlagen des Dogmas und die katholische Kirchenverfassung berührten, seien solche Sonderwege ausgeschlossen. Sie seien es aber nicht in dem Sinn, „daß aus dem Ursprungsland der Reformation sicher alles, was in der Ökumene erlaubt ist, in Gang gesetzt werden soll und daß man auch zu Initiativen kommt, zu denen wir vielleicht mehr verpflichtet sind als anderswo“. Lehmann regte dabei mehr Gemeinsamkeit in *gesellschaftspolitischen Fragen* an. Es sei zu fragen, ob etwa zum Gedenken an die „Reichskristallnacht“ von 1938 im nächsten Jahr ein gemeinsames Wort möglich sei. Auch bei Problemen wie Aids und Lebensschutz sei ein gemeinsames Vorgehen naheliegend.

Dem scheidenden Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, *Wolfgang Zeidler*, hat die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) eine bedenkliche Fehlinterpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Bundesrepublik vorgeworfen. Zeidler hatte sich zugunsten einer Wehrpflicht für Frauen ausgesprochen. In einem Schreiben an Zeidler

meinte kfd-Generalsekretärin *Anneliese Lissner*, es sei makaber, Gleichberechtigung daran zu messen, ob Frauen im Verteidigungsfall bereit seien, zu töten. Es offenbare eine seltsame Logik, wenn Zeidler mit dem Hinweis auf das Wahlrecht der Frauen fordere, sie sollten sich zusammen mit den Männern auch die Verantwortung für die „Verwahrung und Sicherung der heutigen Waffensysteme“ teilen. Verantwortung für diese Waffensysteme trügen nicht diejenigen, die sie verwahrten und sicherten, sondern diejenigen, die in der Regierung über solche Waffensysteme entschieden. An diesen Entscheidungen seien Frauen aber nicht gleichberechtigt beteiligt.

Im Mai 1989 wird in Basel ein Kongreß zum Thema „Frieden in Gerechtigkeit“ stattfinden, der gemeinsam von der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen veranstaltet wird. Diese Veranstaltung versteht sich auch als europäischer Beitrag zum „konziliaren Prozeß“, der 1990 in eine weltweite Konvokation über „Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung“ münden soll. Zur Vorbereitung des Basler Treffens hält die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), der 15 Kirchen der Bundesrepublik und Berlins angehören, ein Forum unter dem Leitwort „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein“ ab. Es findet in zwei Phasen im April 1988 in Königstein und im Oktober 1988 in Stuttgart statt.

Bei einer Konferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen über „Ökumenisches Miteinanderteilen“ („Ecumenical Sharing of Resources“) Ende Oktober im spanischen El Escorial wurden von den rund 300 Teilnehmern aus 73 Ländern *Richtlinien für die kirchlichen Nord-Süd-Beziehungen* erarbeitet. Darin wird ein neues Verständnis des Miteinanderteilens verlangt, das den bisher Marginalisierten ermöglichen solle, „ihren Platz als gleichberechtigte Partner im Zentrum aller Entscheidungen und Aktionen“ einzunehmen. Es brauche ein grundlegend neues Wertesystem, das auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gründe und die großen Ressourcen menschlicher Gemeinschaften, ihre kulturellen und spirituellen Beiträge und das Wohl der Natur anerkenne.

In einem am 10. November, zwei Tage nach dem Bombenattentat von Ernskillen, veröffentlichten Hirtenbrief haben die *katholischen Bischöfe Irlands* die Mitgliedschaft in der IRA oder deren Unterstützung als „sündhaft“ erklärt. Bei dem Attentat waren durch eine von der IRA gezündete Bombe elf Menschen getötet

und über 60 teilweise lebensgefährlich verletzt worden. Angesichts des gegenwärtigen Klimas der Gewalt in Nordirland, so die Bischöfe, gebe es für die Katholiken nur die Wahl zwischen Gut und Böse. Es sei allgemein bekannt, daß im ganzen Land Menschen der IRA helfen würden, indem sie Fluchtmöglichkeiten und Lager für Waffen zur Verfügung stellten. „Allen diesen Bürgern müssen wir sagen, daß sie sich an diesen schrecklichen Morden mit-schuldig machen“, heißt es in dem Hirtenbrief.

Mitte November starb der Apostolische Administrator der slowakischen Erzdiözese Trnava (Tyrnau), Bischof *Julius Gábriš* (72). An den Trauerfeierlichkeiten nahmen Kardinal *Tomášek*, Kardinal König und als Vertreter des Apostolischen Stuhles Erzbischof *Achille Silvestrini* teil. Silvestrini fuhr anschließend zu Besprechungen mit Regierungsvertretern nach Prag. Bischof Gábriš galt neben Kardinal Tomášek als profiliertester Bischof in der ČSSR und war in der Slowakei über die von ihm verwaltete Diözese hinaus beliebt. Das kommunistische Regime verweigerte die Zustimmung zu seiner Ernennung zum Erzbischof von Tyrnau, deswegen konnte er die Diözese nur als Apostolischer Administrator verwalten. Er selbst weigerte sich standhaft, der staatlich geförderten Friedenspriestervereinigung Pacem in terris beizutreten. Nach dem Tod von Gábriš sind nur noch 4 von 13 Diözesen mit einem Bischof (Diözesanbischof oder Administrator) besetzt. Mit der Möglichkeit von Neuernennungen dürfte wegen des Instehens der Regierung in Prag und In-sistenz auf nur ihnen genehme Kandidaten so schnell nicht zu rechnen sein.

Der Erzbischof von Manila, Kardinal *Jaime Sin*, besuchte im November 10 Tage lang China. Auch dieser Besuch des aus China stammenden Kardinals galt wie schon ein früherer als „privat“, aber „mit Wissen des Papstes“. Das Novum: Zum erstenmal wurde ein ausländischer Vertreter der katholischen Kirche vom ranghöchsten Mann Chinas, dem Ministerpräsidenten und neugewählten KPCh-Chef *Zhao Ziyang* empfangen. Im Anschluß an das Gespräch hieß es, es sei auch über eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Vatikan gesprochen worden. Der Parteichef schloß die Möglichkeit solcher Beziehungen nicht mehr aus. Allerdings scheint sich an den Vorbedingungen dafür (u. a. Abbruch der Beziehungen zu Taiwan) nichts geändert zu haben.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt der Verlagsgesellschaft Publik-Forum, Frankfurt, und des Verlages Herder, Freiburg, bei.